Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 25-26

Artikel: Rumänien und der Warschauer Pakt

Autor: Csizmas, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076609

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rumänien und der Warschauer Pakt

Von Michael Csizmas

«Meine liebe Mama! Es geht mir gut, und ich habe nichts zu klagen. Genosse Breschnew hat uns versprochen, dass wir nächstes Jahr, wenn wir uns hier gut bewähren und ihm brav gehorchen, nach Rumänien und Jugoslawien Ausflüge machen dürfen!» Das erzählt man sich in Budapest vom Brief eines ungarischen Soldaten der Okkupationstruppen aus Bratislava. Es ist ein Witz, aber wir wissen alle, dass es mehr als nur ein Witz ist.

Rumänien reagierte heftig und entschieden auf die Aggression gegen die Tschechoslowakei. Und es blieb nicht nur bei Worten. Ceausescu liess als Antwort auf die drohenden Truppenkonzentrationen der Warschauer-Pakt-Staaten an der Grenze zu den Bruderländern Panzer auffahren, und in den Fabriken wurden Waffen an die Arbeiter verteilt. Man sah deutlich, dass Rumänien den eventuellen Aggressoren aus den verbündeten Staaten einen «heissen» Empfang bereitete.

Die akute Gefahr einer kalten Okkupation des Landes durch die Warschauer-Pakt-Staaten hat sich seit der letzten Augustwoche keineswegs vermindert. Bukarest steht nach wie vor unter schärfstem Moskauer Druck. Der anhaltende Widerstand der Rumänen gegen ein Führungszentrum der internationalen kommunistischen Bewegung, gegen die Supranationalisierung der Wirtschaft der Comecon-Länder und gegen die Bevormundung der nationalen Armeen durch den Warschauer Pakt sind die Gründe dafür, dass die Sowjetunion anscheinend mit Rumänien so oder so Schluss machen will und von Bukarest die Erfüllung ihrer Forderungen verlangt.

Rumäniens «Sündenregister»

Im Gegensatz zu der früheren relativen Zurückhaltung werden die angeblichen «Sünden» der rumänischen Partei- und Staatsführung gegen die Moskauer Generallinie seit dem sowjetischen Abenteuer in Prag jetzt offen und unmissverständlich dargestellt. Das Misstrauen, das die orthodoxen Warschauer-Pakt-Staaten gegenüber Rumänien hegen, wird vor allem in Polen und in der DDR zum Ausdruck gebracht. Die polnische Presse hat sich allen Anzeichen nach als Sprachrohr Moskaus zur Verfügung gestellt und kritisiert fast unablässig alle Bereiche der rumänischen Innen- und Aussenpolitik. Die Warschauer «Sztandar Mlodych» veröffentlichte am 6. September einen Artikel, den man ohne jegliche Uebertreibung als das Sündenregister Rumäniens betrachten kann. Art und Ton des Artikels erinnern nur allzusehr an die Anklagen der späteren Aggressoren gegen die Tschechoslowakei. Nach Ansicht der Zeitung haben die Rumänen in den folgenden Punkten das Prinzip der «Einheit der sozialistischen Länder» verletzt:

- Konsultativtreffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Budapest im März 1968: die rumänische Delegation hatte am 3. Tag, nach der Rede des syrischen Delegierten Khaled Bakhdash, die Konferenz verlassen;
- Die rumänische Regierung ist in ihrer Haltung zur Bundesrepublik Deutschland aus der Einheit der sozialistischen Länder ausgebrochen;
- Der Anteil der Comecon-Staaten am rumänischen Aussenhandel ist von 73 Prozent (1960) auf 52,9 Prozent (1967) zurückgegangen, während der Anteil der kapitalistischen Länder am Handel mit Rumänien von 27 Prozent (1960) auf 47,1 Prozent (1967) gestiegen ist.
- Nahostkonflikt: Rumänien brach nicht die diplomatischen Beziehungen mit Israel ab, wie es die Ostblockländer einmütig beschlossen hatten, sondern knüpfte seine Bande mit Israel noch enger;
- Atomsperrvertrag: Rumänien verlangte für die Nichtnuklearstaaten Garantien von den Grossmächten;
- Tschechoslowakei: «Mit ihrem Mund voll von Phrasen über Freiheit, Demokratie, Unabhängigkeit und Souveränität», schreibt «Sztandar Mlodych, «haben die rumänischen Führer in das Geschrei über die Tschechoslowakei eingestimmt. Sie erhoben sich, um die Aenderungen in der Tschechoslowakei zu verteidigen, Aenderungen, deren Notwendigkeit ohnedies niemand bestreitet. Es ist bezeichnend, dass die rumänischen Verteidiger der tschechoslowakischen Aenderungen im eigenen Land entgegengesetzte Methoden anwenden und wahrscheinlich auf dem Gebiet der Entwicklung der sozialistischen Demokratie und einer ordentlichen Staatspolitik noch viel zu tun haben . . .»
- Seit mehreren Jahren «bremst» nach der Auffassung des polnischen Publizisten Miroslaw Dyner Rumänien die Schritte des Comecon, indem es sich mit manchen Beschlüssen nicht einverstanden erklärt bzw. den Worten nach zustimmt, aber in der Praxis die Realisierung verweigert.

Paktmanöver als Druckmittel

Diese massiven Anschuldigungen erwecken den Anschein, dass Moskau nach der Besetzung der Tschechoslowakei die Zeit für reif hält, auch Rumänien unter Berufung auf den Warschauer Militärpakt auf die Knie zu zwingen. In der militärischen Zusammenarbeit der beiden Länder bestehen bereits seit Jahren schwerwiegende Unstimmigkeiten. Vor allem sind die Verhandlungen über den sogenannten Freundschafts- und Beistandspakt zwischen der Sowjetunion und Rumänien überraschenderweise ins Stocken geraten, obwohl alle andern Ostblockstaaten den sowjetischen Typusvertrag ohne sichtbaren Widerstand unterzeichnet haben. Die Rumänen wollen sich dem Moskauer Diktat nicht unterwerfen und führen in dieser Angelegenheit einen Kleinkrieg mit dem Kreml.

Die Ansichten der ohnehin ungleichen Bündnispartner konnten vor allem bei zwei Problemen nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Rumänien ist nicht bereit, die bisherige Vertragsformel weiterhin zu akzeptieren, welche die Bundesrepublik Deutschland als revanchistische und aggressive Macht und potentiellen Feind verdammt. Ferner kann kein Uebereinkommen in der Konsultationsformel erzielt werden. Der ursprüngliche Vertrag von 1948 sieht nämlich vor, dass die beiden Partner in allen wichtigen internationalen Fragen einander konsultieren. Beide Partner versuchten jedoch, ihre Angelegenheiten ohne Zustimmung des anderen zu regeln. Die UdSSR erbat zu ihrem Abenteuer in Kuba keine rumänische Stellungnahme, und Rumänien nahm mit der Bundesrepublik auf eigene Faust die diplomatischen Beziehungen auf. Rumänien wünscht — entgegen aller anderen einschlägigen Ostblock-Vereinbarungen — auch in Zukunft kein Plazet zu allen aussenpolitischen Entscheidungen aus Moskau holen zu müssen, denn diese Art der «Konsultation» ist in der Praxis Moskaus schon immer eine sehr einseitige Sache gewesen.

Bukarest drängt in sehr vernehmlicher Weise seit 1966 auch im Warschauer Militärpakt auf wesentliche Aenderungen, die durchwegs die Befreiung dieser Organisation von der Alleinherrschaft der sowjetrussischen Marschälle bezwek-

Aus dem Trio wurde nach der Isolierung Dubceks ein Duo: Ceausescu mit Tito.

ken. Die rumänische Regierung bezeichnete bereits mehrmals die Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Territorium der verschiedenen osteuropäischen Staaten als «nicht realistisch» und verlangte ausdrücklich die Auflösung der «anachronistischen» militärischen Bündnisse, wie Warschauer Pakt und NATO. Sie verlangte ferner, dass die Sowjetunion vor der Anwendung strategischer oder taktischer Atomwaffen ihre Bündnispartner unbedingt konsultieren müsse. Und schliesslich sollte das Recht, den Oberkommandierenden der vereinten Paktstreitkräfte zu stellen, zwischen den Bündnismächten alternieren.

Als eine Art Antwort auf die rumänischen Forderungen schloss Moskau eigenmächtig und statutenwidrig Rumänien aus allen massgeblichen Konferenzen der Warschauer-Pakt-Staaten aus und lud nur jene ein, die sich mit den sowjetischen Vorstellungen solidarisch erklären. Rumänien wurde 1968 zu keiner der wichtigen Konferenzen, wie die Beratungen von Dresden, Warschau, Moskau, Bratislava, eingeladen und folglich auch in der Frage der Aktion gegen die Tschechoslowakei nicht konsultiert. Die rumänische Presse kritisierte in den Tagen der Aggression die orthodoxen Warschauer-Pakt-Staaten viel schärfer als beispielsweise die westliche Presse und veröffentlichte als das einzige ausländische Sprachrohr der unterdrückten Tschechoslowakei alle Proteste der legalen Partei- und Staatsorgane. Nach den Moskauer Beratungen liess diese Kritik allerdings nach, aber sie lebte wieder auf, als am 26. September die Moskauer «Prawda» die denkwürdige These über die «beschränkte Souveränität» der sozialistischen Staaten verkündete.

Ceausescu steht wieder auf

In den letzten Novembertagen erreichte der Konflikt mit Moskau eine dramatische Zuspitzung. Partei- und Staatschef Ceausescu sah sich veranlasst, zweimal nacheinander den sowjetischen Hegemonieplänen scharfe Absagen zu erteilen. Auf einer Grosskundgebung in Alba Iulia sagte er am 29. November unter starkem Beifall, Hochrufen und Ovationen der Zuhörer, dass Rumänien bereit sei, seine Unabhängigkeit und Souveränität gegen jeden Angreifer zu verteidigen. Indirekt antwortete er hier auch auf die Angriffe Gomulkas, als er erklärte, dass die Politik der rumänischen KP keine nationalistische Politik sei, «aber wenn der Wunsch, den Kommunismus in Rumänien aufzubauen, Nationalismus ist, dann sind wir solche Nationalisten». Bereits am nächsten Tag, an der Jubiläumssitzung der rumänischen Nationalversammlung, trat er noch entschiedener gegen gewisse Bruderparteien auf, die versuchten, anderen Parteien «Lektionen zu erteilen». Ceausescu kam auf die Ursache der Unstimmigkeiten in den zwischenparteilichen Beziehungen zu sprechen und betonte, die Verletzung der Grundnormen dieser Kontakte sei der wichtigste Grund für die Zwistigkeiten. Er hob wieder einmal die Prinzipien der gegenseitigen Achtung, vollen Rechtsgleichheit und Unabhängigkeit der Parteien hervor, die eine normale Zusammenarbeit ermöglichen. Er beklagte, dass es im internationalen Kommunismus wieder eine Tendenz des Etikettierens gebe, bei der man die einen als nationalistisch, die andern als internationalistisch qualifiziere. Für ihn gebe es nur ein Kennzeichen für den Sozialismus: die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Volksmacht. Ceausescu verurteilte jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer anderen Partei, jede Unterstützung von Gruppierungen oder von isolierten Mitgliedern einer Partei; dies sei «unvereinbar mit den internationalistischen Beziehungen». Auch wenn er in diesem Zusammenhang keine bestimmte Partei erwähnte, war es allen Anwesenden klar, dass er die Machenschaften der KPdSU in der Tschechoslowakei und in anderen Ostblockstaaten um die Bildung von konservativen Fraktionen anprangerte. Er verwarf die These, dass der Marxismus-Leninismus einer Partei ein für allemal in Bewahrung gegeben wurde und diese Lehre eine Sammlung unveränderlicher Dogmen sei. Der rumänische Partei- und Staatschef verwarf die These, dass der Weltkommunismus eines Mekka, eines führenden Zentrums bedürfe, wo alles ohne Rücksicht auf die nationalen Gegebenheiten beschlossen und angeordnet werde.

Kommt die Kapitulation doch?

Rumänien ist mit der neuen sowjetischen Auslegung des Comecon-Statuts nicht einverstanden und lehnt die sogenannte «Integrierung» der nationalen Wirtschaften der Ostblockstaaten ab. «Das würde die Souveränität und die Unabhängigkeit der Staaten verletzen», erklärte Ceausescu. Zu der neuen These über die Notwendigkeit eines Verzichtes auf die Souveränität der Warschauer-Pakt-Staaten antwortete er direkt und in scharfem Ton. Diese These «kann unter keiner Form akzeptiert werden. Die Zugehörigkeit zum Warschauer Vertrag stellt weder die Souveränität der Mitgliedsländer in Frage, noch ‚begrenzt' sie irgendwie ihre staatliche Unabhängigkeit».

Dieser Protest des rumänischen Parteichefs, der übrigens mit langanhaltendem Beifall aufgenommen wurde, richtete sich in erster Linie an die unweit tagenden Militärs der Warschauer-Pakt-Staaten unter der Führung von Marschall Jakubowski, welche eben die nächsten Pläne der Organisation in Bukarest erarbeiteten. An dieser Konferenz soll Moskau den langgehegten Wunsch nach der Abhaltung eines gemeinsamen Manövers auf rumänischem Boden unterbreitet haben. Die vorerst auf September 1968 geplanten Manöver konnten die Rumänen zuerst verschieben lassen, aber nach Meinung Bukarester diplomatischer Kreise ist es jetzt den Sowjets gelungen, die Zustimmung der rumänischen Führung nach langwierigen Verhandlungen zu erhalten. Die rumänische Weigerung war nicht grundlos. Das Beispiel der Tschechoslowakei, wo sich das angebliche «Stabsmanöver» als die Vorbereitung einer Okkupation entpuppte, lebt noch allzu frisch in den Köpfen. Jetzt waren jedoch keine Ausflüchte mehr möglich. Die Zustimmung Rumäniens zu den Manövern soll jedoch an eine Reihe von Bedingungen geknüpft sein. Vor allem geht es dabei um die feste Zusage des Oberkommandierenden der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, ihre Truppen nach Beendigung der Manöver aus Rumänien wieder abzuziehen. Ob das tatsächlich der Fall sein wird, steht selbstverständlich noch keineswegs fest. Rumänien sieht einer spannenden Entwicklung entgegen, deren Ende vorläufig nicht abzusehen ist. In den nächsten Monaten wird sich entscheiden, ob Moskau der relativ unabhängigen Aussenpolitik des Landes ein Ende setzen wird und den Monolithismus des Blocks gewaltsam restauriert. ■

Bettgeflüster und Dialektik

Sz- Der 75jährige, weisshaarige ungarische Schriftsteller Tibor Dery ist weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus bekannt. Sein Roman «Der unvollendete Satz» war der erste Schritt zum Weltruhm, und als einer der geistigen Väter der «Revolte der Intellektuellen», die alsbald in die dramatischen Ereignisse des Ungarnaufstandes 1956 mündeten, wurde dem Altkommunisten auch die moralische Anerkennung der ganzen Welt zuteil.

Er selbst musste seine Stellungnahme mit 5 Jahren Haft büssen. In den letzten Jahren jedoch genehmigte man ihm wieder eine grössere Bewegungsfreiheit. Im vergangenen Jahr war er auf einer Vorlesungsreise in der Bundesrepublik, im Frühsommer dieses Jahres vertrat er die ungarische Literatur in Berlin-Charlottenburg, als dort eine ungarische Woche organisiert wurde.

Nun scheinen aber wieder böse Zeiten für Tibor Dery zu kommen. Er steht im Kreuzfeuer der heftigsten Angriffe der Kritiker. Aber nicht seine politische Stellungnahme ist nun Schuld daran, obwohl seine beiden letzten Romane, auch in der Bundesrepublik in deutscher Uebersetzung erschienen, «Herr G. A. in X» und der «Exkommunikator», mit ihrem pessimistischen, verzichtenden Ausklang durchaus nicht die Begeisterung der offiziellen Stellen in Ungarn errangen, sondern diesmal das Bettgeflüster.

In einer ungarischen Zeitschrift erscheinen in Fortsetzungen Tibor Derys Memoiren. Jeder grosse Künstler muss ja heutzutage Memoiren schreiben. In einer dieser Fortsetzungen beschrieb Dery in durchaus künstlerischen Details seine ausserehelichen Beziehungen zu Frau K. Frau K. war die Gattin eines anderen grossen ungarischen Schriftstellers, Frigyes Karinthy. Ihr gemeinsames Kind sowie ein Sohn aus der ersten Ehe Karinthys leben heute noch. Der letztere, Ferenc Karinthy, ist sogar selbst ein bedeutender ungarischer Schriftsteller geworden.

Nun, die Parteikritiker eröffneten das heftigste Feuer auf Dery und bezichtigten ihn der taktlosen Indiskretion. Obwohl seinerzeit die Abenteuer der charmanten Frau K. — nicht nur mit Tibor Dery — in den Salons von Budapest ziemlich gut bekannt waren. Sogar ihr eigener Gatte hatte darüber 1928 ziemlich offen geschrieben.

Es ist aber eindeutig, dass nicht sosehr dieses Bettgeflüster, sondern vielmehr Derys Einstellung zu den tschechoslowakischen Ereignissen und seine Verbundenheit zu Jugoslawien den Anlass zu diesen Angriffen gegeben haben.

In diesem Zusammenhang ist es um so interessanter, dass unlängst eben die offizielle Zeitschrift des ungarischen Schriftstellerverbandes Partei für Dery ergriffen und darauf hingewiesen hat, dass der Ton, in dem Dery angegriffen wird, bedauerlicherweise an die dunklen Zeiten des Stalinismus erinnert. Der grosse, alte Mann der sozialistisch-realistischen Literatur werde mit Ausdrücken beschimpft, die nicht einmal einem gemeinen Verbrecher oder überführten Verräter zukämen, schreibt «Elet es Irodalom».

Diese Feststellung lässt tief blicken: Nach dem 21. August scheiden sich nun anscheinend auch in Ungarn die Geister, wenn das vorläufig auch nur anhand eines Bettgeflüsters zum Vorschein kommt. ■